

Kurzmeldungen Juni 2011

BVerfG hält an EU-Kontrolle fest

Das Bundesverfassungsgericht will die Kontrolle über die europäische Integration nicht aufgeben. Das Gericht behalte sich die Kompetenz zur Prüfung von Handlungen der Europäischen Union vor, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle. Es handele sich jedoch nur um Kompetenzen für den Ausnahmefall, sagte Voßkuhle bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem Präsidenten des EuGH.

Mit dem Karlsruher Urteil zum EU-Vertrag von Lissabon war das Gericht als europafeindlich kritisiert worden, weil es sich vorbehalten hatte, Rechtsakte der Europäischen Union gegebenenfalls zu überprüfen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) beansprucht den absoluten Vorrang des EU-Rechts.

Voßkuhle betonte, es gelte, die verschiedenen Verfassungsidentitäten zu wahren und zu berücksichtigen. Hierzu gehörten in Deutschland das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen, das Berufsbeamtentum und der Datenschutz.

EuGH-Präsident Skouris stellte klar, der Europäische Gerichtshof wolle sich nicht zu einem Gericht für den Grundrechtsschutz entwickeln. Dieser sei sehr gut aufgehoben bei den nationalen Verfassungsgerichten und beim EGMR.

Quelle: dpa 3.6.11

Radioaktivität in Fukushima

Den Betreiberangaben zufolge dürfte in Reaktor 1, 2 und 3 der größte Teil der Brennstäbe bereits 60 bis 100 Stunden nach dem Beben (am 11.3.11) geschmolzen und auf den Boden der Druckbehälter gelaufen sein.

Für die Präfektur Fukushima wurden von der Nuklearen Sicherheitskommission (NSC) die zulässigen Strahlengrenzwerte für Kinder auf den Wert hochgesetzt, der in Deutschland für AKW-Mitarbeiter gilt (20 mSv/a). Die Behörden brauchen bei solchen Grenzwerten dann Kinder nicht mehr in sauberere Gebiete zu evakuieren.

Dies entspricht etwa dem sechsfachen Wert für strahlenüberwachte Gebiete.

Strahlenmessungen, die an Grund- und Mittelschulen in der Präfektur Fukushima durchgeführt wurden, weisen momentan bei mehr als 75% der Schulen Strahlenwerte von strahlenüberwachten Gebieten auf (0,6 µSv/h oder mehr). Außerdem fallen etwa 20% der Schulen in die Kategorie „Gebiete mit strahlenüberwachten Personen“ (2,3 µSv/h oder mehr).

Nahe der Meerwasseraufnahme des AKW wurde radioaktives Strontium gefunden. Dessen Konzentration liege bis zum 240-fachen über der erlaubten Höchstgrenze. Das Metall war zuvor auch bei Bodenproben an verschiedenen Orten in der Provinz Fukushima gefunden worden.

Zuletzt war auch in grünem Tee in der Hunderte von Kilometern von Fukushima entfernt gelegenen Teeanbau-Provinz Shizuoka radioaktive Strahlung gemessen worden.

Plutonium wurde im Boden in 1,7 km Entfernung nachgewiesen.

Im zerstörten Atomkraftwerk Fukushima ist noch immer eine sehr hohe radioaktive Strahlung. Im Reaktorgehäuse von Block 1 wurden Anfang Juni bis zu 4 Sv/h gemessen. Mehr als 100.000 t hochgradig radioaktiv verseuchten Wassers befinden sich in der Atomruine.

Quelle: tagesschau.de 24.5.11, Spiegel 21.4.11, dpa 12.6.11, Japan Times 6.6.11, dpa 4.6.11

EHEC-Erreger

Der EHEC-Erreger ist eine Kombination aus einem Bakterium, das in Zentralafrika blutige Darmentzündungen verursacht und dem hier bekannten EHEC-Erreger.

Der zentralafrikanische EAEC-Erregers (Enteroaggregative E.coli) könne bei Menschen schwere Schäden infolge blutiger Durchfälle auslösen. Die Kombination mit EHEC berge nun mehr Probleme als bislang gedacht. Dieser Keim hat alle heimtückischen Eigenschaften, um sich im Darm zu verhaften, ihn maximal zu entzünden und er produziert zusätzlich Toxine, die HUS und die schweren neurologischen Nebenwirkungen verursachen.

Laut Umweltbundesamt kommt der EHEC-Keim in Fäkalien von Wiederkäuern vor. Allerdings verbreitet sich der EHEC-Stamm O104:H4, der für den Ausbruch in Norddeutschland verantwortlich ist nicht über Tierfäkalien sondern über menschliche Fäkalien.

Quelle: dpa 3.6.11, FAQ vom UBA (6/11)

Bt-Gift aus Gentechnik-Pflanzen

Eine neue Studie aus Kanada weist das Vorkommen eines Giftstoffs aus Gentechnik-Pflanzen im menschlichen Blut nach. Die Theorie, das Gift würde im menschlichen Verdauungstrakt zersetzt, ist somit widerlegt. Gesundheitsrisiken beim Verzehr des Toxins wurden wissenschaftlich nachgewiesen. Das Bt-Gift stammt aus dem Bakterium Bacillus thuringiensis und wirkt gegen bestimmte Insekten. Das Gen für das giftproduzierende Eiweiß Cry1AB ist bei den Gentechnik-Pflanzen im Genom eingebaut. Über die Nahrungskette gelangt das Bt-Gift in den Körper. Bei den in der Studie untersuchten Frauen und Föten wurde Cry1AB im Blut nachgewiesen.

Sie untersuchten das Blut von 69 Frauen. In 93% aller Blutproben von schwangeren Frauen und in 80% aller Nabelschnurproben fanden sie Spuren des Bt-Toxins. Auch 8 von 10 Babies hatten es im Blut. Die Wissenschaftler warnen vor möglichen Risiken durch den Verzehr von Gentechnik-Pflanzen oder daraus gewonnenem Öl.

Quelle: keine-gentechnik.de 20.5.11, AZ, 31.5.11

Gen-Mais im Saatgut

Bereits 7% des konventionellen Saatguts sind gentechnisch verunreinigt. Die Behörden haben in diesem Frühjahr so viel Genmais im Saatgut entdeckt wie nie zuvor - der Anteil steigt damit seit Jahren.

Konkret entdeckten die zuständigen Kontrolleure demnach in 29 von insgesamt 417 Maisproben gentechnisch veränderte Organismen. Damit ist der Anteil in relativ kurzer Zeit rasant gestiegen - noch 2008 lag er erst bei 2,1 Prozent. 2010 waren 6,2 % der Proben betroffen. Diesmal wurde das verunreinigte Saatgut aber rechtzeitig aus dem Verkehr gezogen. Im vergangenen Jahr war verunreinigter Mais in sieben Bundesländern ausgesät worden und musste vernichtet werden. Betroffen war den Verbänden zufolge eine Fläche von fast 3000 ha.

Die meisten Verunreinigungen fanden die Kontrolleure demnach in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In Bayern erwiesen sich den Angaben zufolge 6 von 76 Proben als verunreinigt (7,9 %). In Niedersachsen seien in 6 von 60 Proben GMO aufgefallen (10 %). Von den neun geprüften schleswig-holsteinischen Proben hätten sich 5 als verunreinigt herausgestellt (55,6 %). Keine Hinweise auf gentechnische Veränderungen im

Saatgut hätten die Behörden in Thüringen, Hessen sowie im Saarland gefunden.

Quelle: AFP 3.5.11

Die Kosten der Koexistenz

Bei Einhaltung der von der Lebensmittelindustrie geforderten Grenzwerte (0,1 - 0,3%) entstehen höhere Kosten als in den offiziellen Kostenberechnungen der EU, die sich an den gesetzlichen Grenzwerten (0,9%) orientieren .

Bei der Trennung von Gentechnik- und gentechnikfreien Produkten entstehen höhere Kosten auf allen Stufen der Lebensmittelerzeugung, z.B. für Investitionen in die Trennung von Warenströmen, Koexistenzmaßnahmen auf dem Acker, Ausbildung von Mitarbeitern, Tests oder Qualitätssicherung.

Die Transporte von Getreide zu Trocknungsanlagen verteuert sich um bis zu 700% , die gesamten Trocknungskosten um 17 - 34%.

Bei der Verarbeitung von GMO in Mühlen lag nach einer vollständigen Reinigung der Anlage und mehr als zwei Stunden Spülung mit gentechnikfreiem Mais der GMO-Anteil in Maismehl noch bei 1%. In Europa verfolgen daher so gut wie alle Marktteilnehmer eine GVO-Vermeidungsstrategie. Doch diese Strategie verursacht Kosten: Für gentechnikfreie Produkte entstehen Mühlen je nach Pflanzenart Mehrkosten von bis zu 25%.

Auf der Ebene der Lebensmittelverarbeitung entstehen weitere Kosten, die im Falle eines großflächigen kommerziellen Anbaus transgener Pflanzen in Deutschland die Preise von gentechnikfreien Weizenprodukten um bis zu 10,7%, die von Rapsprodukten um bis zu 12,8% und die von Zuckerrübenprodukten um bis zu 4,9% ansteigen lassen.

Quelle: epi-gen.de 14.4.11

CCS

Deutschland muss zur Umsetzung einer EU-Richtlinie von 2009 bis Juni dieses Jahres ein CCS-Gesetz vorlegen. Bund und Länder haben sich dafür auf eine sogenannte "Opt-Out-Lösung" für die umstrittene CCS-Technologie geeinigt. Dabei können Bundesländer die CO₂-Lagerung auf ihrem Gebiet verbieten.

Der Gesetzesentwurf scheiterte bisher am Widerstand aus Bevölkerung und aus Fachkreisen sowie an den CDU-geführten Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen, sowie an der SPD/Linke-Regierung in Brandenburg.

Im Februar veröffentlichte Greenpeace eine Karte mit möglichen Standorten für Kohlendioxid-Lager in Deutschland. Die meisten der 408 Speicherstätten liegen in Niedersachsen. Bisher plant nur der schwedische Konzern Vattenfall ein CCS-Projekt in Deutschland.

Quelle: sonnenseite.com 13.4.11, klimaretter.info

CO₂-Ausstoß

Nie zuvor hat es einen so hohen CO₂-Ausstoß gegeben wie im Jahr 2010. Die Emissionen sind nach Berechnungen der IEA auf ein Rekordniveau von 30,6 Gigatonnen gestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg um 5 % im Vergleich zum vorigen Rekordjahr 2008. Damals lag der Ausstoß bei 29,3 Gigatonnen. „Dies lässt die Hoffnung schwinden, dass wir das Ziel einer Klimaerwärmung unter zwei Grad erreichen“, sagte IEA-Experte Fatih Birol. Besorgniserregend sei auch die Tatsache, dass etwa 80 % der Emissionen aus bestehenden oder im Bau befindlichen Kraftwerken stammten.

2010 stammten etwa 44 % der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, 36 % aus der Nutzung von Öl und 20 % aus Erdgas. Wissenschaftler gehen davon aus, dass eine Erwärmung von mehr als 2 Grad zu extremen Klimaphänomenen und damit auch zu massiven gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden führen kann.

Quelle: dpa 31.5.11

Stockholm-Memorandum

Am Ende des dritten globalen Symposium in Stockholm nach Potsdam und London haben führende Wissenschaftler und Nobelpreisträger ein „Stockholm-Memorandum“ beschlossen. Die Empfehlungen der Nobelpreisträger fließen ein in die Vorbereitung der großen UN-Umweltkonferenz „Rio plus 20“ im kommenden Jahr.

„Wir verändern die Funktionsweise unseres Planeten, und wir stoßen an die Grenzen seiner Belastbarkeit“ heißt es darin. Das Wachstum der Weltbevölkerung mache die Wende zur Nachhaltigkeit noch dringlicher. Die Erderwärmung müsse unter zwei Grad Celsius bleiben, wenn gefährliche Klimaveränderungen vermieden werden sollen. Dafür sollten neuartige Elemente generationenübergreifender Demokratie erkundet werden. Jenseits der Idee „grünen Wachstums“ müsse in Zukunft das Naturkapital ebenso wie das finanzielle Kapital bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen mit einberechnet werden.

Quelle: Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, sonnenseite.com 19.5.11

Antarktis erwärmt sich auch in der Tiefe

Das Forschungsschiff Polarstern kehrt aus der Antarktis zurück. Sie untersuchten die Veränderungen im Weddellmeer. Ozeanographen an Bord haben gemessen, dass sich das Wasser im tiefen Weddellmeer weiter erwärmt. Dort ist die Temperatur laut Fahrbach in den letzten 26 Jahren im Mittel über die gesamte Wassersäule um sechs hundertstel Grad angestiegen.

Diese Temperaturzunahme erscheint gering, doch da sie sich bis in großen Tiefen erstreckt, ist damit eine erhebliche Wärmemenge verbunden, die im Ozean gespeichert wird. Dies trägt dazu bei, dass sich die Atmosphäre weniger erwärmt, als durch die Zunahme des Treibhauseffekts zu erwarten wäre.

Entsprechend des Weltklimaberichts (IPCC) werden mehr als 80 Prozent der Wärme, die die Erde bisher durch den veränderten Treibhauseffekt zusätzlich aufgenommen hat, in den oberen Ozeanschichten bis 1.500 Meter Wassertiefe gespeichert. Damit konnte nachgewiesen werden, daß auch der tiefe Ozean mit seinem riesigen Volumen an diesem Prozess beteiligt ist.

Quelle: Alfred-Wegener-Institut, sonnenseite.com 21.5.11

Klimaverhandlungen in Bonn

Die UN-Zwischenverhandlungen gegen den Klimawandel in Bonn vom 6.-17.6.11 fanden ein halbes Jahr vor dem nächsten Klimagipfel in Durban und genau ein Jahr vor dem Rio+20-Gipfel in Brasilien statt.

Der größte Streitpunkt für die UN-Klimaverhandlungen ist die Zukunft des Kyoto-Protokolls. Während insbesondere Russland, Japan und Kanada eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ablehnen, wäre die EU zwar prinzipiell dazu bereit. Bisher bleibt die

EU aber bei ihrem wenig ambitionierten 20%-Minderungsziel und stellt Forderungen nach mehr Klimaschutz in den Schwellenländern.

Mit der Bonner Konferenz wollten mehrere tausend Delegierte aus aller Welt den Gipfel in Durban (28.11.- 9.12.11) vorbereiten. Sie bissen sich allerdings bis zum Abschluss am Freitag in Verfahrensfragen und technischen Details fest.

Zur Vorbereitung auf den Klimagipfel von Durban wird es voraussichtlich im September/Oktobre eine weitere Verhandlungssitzung geben. Auch der Petersberger Dialog, zu dem Anfang Juli zahlreiche Umweltminister in Berlin erwartet werden, könnte notwendige Impulse für die politischen Fragen setzen.

Der frühere UN-Klimachef Yvo de Boer sieht keinen Sinn mehr in den stockenden internationalen Verhandlungen über ein neues Klimaabkommen. „Ein Klimaabkommen, das die USA, Russland, Japan und Kanada nicht bindet, ergibt keinen Sinn“, sagte de Boer. Die verbleibenden Länder machten weniger als 20% der globalen Treibhausgas-Emissionen aus.

Die EU-Länder vertraten am 21.6.11 bei einem Ministertreffen zur Klimapolitik sehr unterschiedliche Standpunkte zu den Plänen der EU-Kommission. Nur schwer konnten sich Länder wie Italien und Litauen mit dem Ziel für 2020 anfreunden, hieß es aus EU-Kreisen. Konkrete Beschlüsse waren nicht geplant. Es sollte zunächst geklärt werden, wie die Mitgliedsländer zu den Vorschlägen der Kommission stehen.

Konkret schlägt die EU-Kommission nun eine CO₂-Verminderung bis 2030 um 40 %, bis 2040 um 60 % und bis 2050 dann um 80 % vor - als Vergleich dienen die Werte von 1990. Quelle: dpa 6.+16.+17.+21. 6.11,

EU-LKW-Maut

Das EU-Parlament stimmte nach jahrelangem Tauziehen für die Eurovignette. Damit werde das Prinzip „Der Verschmutzer zahlt“ erstmals für den Güterschwerverkehr durchgesetzt. Je dichter der Verkehr, desto teurer wird die Fahrt. In Stoßzeiten kann die Abgabe um bis zu 175 % teurer werden. Das Parlament setzte die Forderung durch, dass 15 % der Mauteinnahmen in transeuropäische Verkehrsnetze investiert werden.

Allerdings wird diese Regelung für die EU-Länder nicht zur Pflicht. Bei einer positiven Entscheidung haben die Länder außerdem zwei Jahre Zeit, sie umzusetzen.

Die Abgabe ist ferner begrenzt auf höchstens 4 ct/km und betrifft nur Lastwagen über 12 t. Abgelehnt wurde es, auch die Kosten von Verkehrsstaus aufzunehmen.

11 EU-Länder erheben eine Maut, darunter Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und Italien. In Deutschland hat die Autobahnmaut dem Bund 2010 rund 4,5 Milliarden Euro eingebracht. Im April wurde sie auf Fernstraßen ausgeweitet.

Quelle: dpa 7. 6.11

1/3 aller Wälder vernichtet

Von den 1,3 Mio beschriebenen Tier- und Pflanzenarten leben etwa 2/3 im Wald. Zugleich sind sie Lebensgrundlage von 1,6 Mrd Menschen und stabilisieren das Klima.

Nach dem aktuellen Wald-Index von WWF beträgt die Waldfläche heute nur noch 4 Mrd ha. Damit hat der Planet innerhalb der vergangenen 8000 Jahre 35 % seiner Waldbedeckung eingebüßt. Mit einem Waldverlust von 13 Mio ha/Jahr werden Wälder in einer Größenordnung vernichtet, die der Fläche Griechenlands entspricht.

Während in der Vergangenheit vor allem in den heutigen Industrienationen Wald verloren ging, findet der Verlust heute nahezu ausschließlich in den Tropen statt. Befeuert wird die

Entwaldung in den tropischen Regionen aber von der Nachfrage nach Holz, Agrargütern und Fleisch in Europa und den USA.

Quelle: WWF, sonnenseite.com 23.5.11

Emissionshandel ausgeweitet

Für den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid müssen künftig auch Fluglinien und die chemische Industrie entsprechende Verschmutzungsrechte kaufen. Der Bundestag beschloss die Umsetzung einer EU-Richtlinie, die die Ausweitung des Emissionshandels vorsieht. Vom kommenden Jahr an sind rund 200 Fluggesellschaften zum Kauf von CO₂-Zertifikaten verpflichtet. Ab 2013 wird der Handel mit Verschmutzungsrechten auf weitere emissionsintensive Industriezweige ausgeweitet. Kleinere und mittlere Unternehmen sollen allerdings entlastet werden. Es soll eine Härtefallregelung für Unternehmen geben, die sich durch den Emissionshandel in ihrer Existenz bedroht sehen.

Quelle: dpa 9.6.11

Kinderarmut

Als arm werden Kinder und Jugendliche bezeichnet, wenn sie von Hartz IV leben und jünger sind als 15 Jahre. Die Gruppe von jungen Menschen, die in vergleichbar schwierigen Verhältnissen leben, ist aber deutlich größer. Es gibt eine Dunkelziffer von Personen, die anspruchsberechtigt sind, aber keine Ansprüche erheben.

Die Zahl der Kinder, die knapp über der festgelegten Armutsgrenze leben, ist nicht unerheblich. Dies betrifft vor allem Elternteile, die im Niedriglohnsektor beschäftigt oder alleinerziehend sind beziehungsweise Familien mit vielen Kindern. Das Problem der Kinderarmut spitzt sich mit dem demografischen Wandel zu.

Während in Berlin und Bremen mit einer Quote von fast 36 % die ärmsten Kinder leben, ist Kinderarmut in Baden-Württemberg und Bayern kaum anzutreffen. In Schwerin leben die meisten Kinder unterhalb der Armutsgrenze.

So sind die Ausgaben für soziale Leistungen in den Jahren zwischen 2005 und 2010 von 35,4 auf 42,2 Mrd. Euro angestiegen.

Quelle: sonnenseite.com 22.4.11